



Detailansicht des Registereintrags

Ärzte der Welt e. V.

Aktuell seit 29.06.2026 09:45:29

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004153
Ersteintrag:	11.04.2022
Letzte Änderung:	29.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Landsberger Str. 428 81241 München Deutschland Telefonnummer: +498945230810 E-Mail-Adressen: info@aerztederwelt.org Webseiten: https://www.aerztederwelt.org/
Hauptstadtrepräsentanz:	Ärzte der Welt e.V. Berlin Global Village Am Sudhaus 2 12053 Berlin Telefonnummer: +493026557791 E-Mail-Adresse: info@aerztederwelt.org
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25	
Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges, Mitgliedsbeiträge	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

120.001 bis 130.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Peter Schwick**
Funktion: Vorstand
2. **Birgit Spiewok**
Funktion: Vorstand
3. **Thomas Bader**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Dr. Johanna Offe**
2. **Janina Gach**
3. **Katri Bertram**

Gesamtzahl der Mitglieder:

90 Mitglieder am 19.06.2026, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (6):

1. VENRO Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
2. Deutsche Plattform Globale Gesundheit
3. AG Transparenz
4. Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
5. EhAP Plus Trägernetzwerk
6. Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit/Illegalität

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Menschenrechte; Entwicklungspolitik; Diversitätspolitik; Geschlechterpolitik; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Krankenversicherung; Humanitäre Hilfe

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Aufbauend auf Erfahrungen und Daten aus ihren medizinischen Projekten im In- und Ausland setzt sich die Organisation Ärzte der Welt e. V. gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen ein für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit und für die Erreichung von universeller Gesundheitsversorgung als Teil der Nachhaltigen Entwicklungsziele. Schwerpunkte der Interessensvertretung liegen beim Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland und beim Schutz von Gesundheitsversorgung in bewaffneten Konflikten nach Internationalem Humanitären Recht.

Tätigkeitsfelder der Interessensvertretung sind Briefe an und Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, Veranstaltungsorganisation und Kampagnen.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Zugang zu Gesundheitsversorgung für Asylsuchende/Abschaffung der Einschränkungen nach AsylbLG

Beschreibung:

1. Anspruch auf Gesundheitsleistungen gemäß Leistungskatalog der GKV für Geflüchtete gesetzlich verankern
2. Einführung elektronischer Gesundheitskarte für Geflüchtete in allen Bundesländern
3. Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung gesetzlich verankern
4. EU-Aufnahmerichtlinie flächendeckend und systematisch umsetzen

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180071 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Gesundheitsförderliche Lebensbedingungen für Geflüchtete sicherstellen

Beschreibung:

Ärzte der Welt setzt sich für die menschenwürdige Unterbringungen von Geflüchteten ein (Abschaffung von Ankerzentren, Aufhebung der Wohn- und der Residenzpflicht, Verkürzung der maximalen Aufenthaltsdauer in Aufnahmeeinrichtungen auf drei Monate) sowie für die konsequente Umsetzung gesetzlicher Vorschriften und ihre Überwachung

(med. Versorgung nach Art.19 EU-Aufnahmerichtlinie, Art. 12 UN-Sozialpakt; max. Aufenthaltsdauer nach §47 AsylG, Identifizierung und Versorgung Schutzbedürftiger nach Art. 21 EU-Aufnahmerichtlinie, Art. 24 EU-Asylverfahrensrichtlinie, Präambel und Art. 60 Istanbul Konvention; Bereitstellung von Sprachmittlung nach §6 Abs. 1 AsylbLG, Bereitstellung von Hebammenversorgung nach §4 Abs. 2 AsylbLG)

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

3. Neuregelung §218 und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen

Beschreibung:

Die aktuell geltenden Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch haben aufgrund der Kriminalisierung und der damit einhergehenden Stigmatisierung und des bürokratischen Aufwands insbesondere für benachteiligte und mittellose Schwangere, die die Organisation Ärzte der Welt in ihren Anlaufstellen sieht, negative Auswirkungen auf die Versorgung. Ärzte der Welt setzt sich dafür ein, dass im Bedarfsfall alle Schwangeren in Deutschland Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch haben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13775 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Betroffenes geltendes Recht:

BeratungsG [alle RV hierzu]; StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180073 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Anpassung der Nothelferregelung, um die Notfallversorgung für mittellose Nichtversicherte sicherzustellen

Beschreibung:

Menschen ohne Krankenversicherung sind auf Notfallbehandlungen angewiesen. Hilfesuchende werden in Notaufnahmen jedoch immer wieder abgewiesen, selbst vor einer Ersteinschätzung. Sprachbarrieren und fehlende Sprachmittlung verschärfen die Situation. Ein Hauptproblem liegt in der unzureichenden praktischen Anwendbarkeit der Nothelferregelung nach § 6a AsylbLG und § 25 SGB XII. Krankenhäuser müssen die Hilfebedürftigkeit nachweisen, erhalten oft nur begrenzte Erstattungen und tragen hohe Verluste. Die Nothelfer-Paragrafen müssen so überarbeitet werden, dass Krankenhäuser ihre Ansprüche durchsetzen können. Erstattungen sollen den gesamten Behandlungszeitraum umfassen, und die Hilfebedürftigkeit in Notfällen zugunsten der Krankenhäuser vermutet werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 12 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2606220017 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2606220021 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.11.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2606220022 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (7):

1. Landeshauptstadt München

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
München

Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro

Sozialreferat: Zuwendungsgewährung der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2025 als Fehlbedarfsfinanzierung zur Projektförderung auf Grundlage der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Sozialreferats der Landeshauptstadt München und gemäß Beschluss des Sozialausschusses in der Sitzung vom 12.12.2024 sowie des Beschlusses der Vollversammlung des Stadtrates vom 18.12.2024.

Gesundheitsreferat: Zuwendungsgewährung der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2025 als Festbetragsfinanzierung zur Projektförderung auf Grundlage der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen der Landeshauptstadt München im Gesundheitsbereich vom 01.03.2025 und gemäß Beschluss des Stadtrates in der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 12.12.2024 und der Vollversammlung vom 18.12.2024

2. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 4.250.001 bis 4.260.000 Euro

Projekt für Äthiopien:

Vertragsnummer: 8183 (Inklusive Stärkung der Gesundheitsdienstleistungen für Mütter und Kinder im Woreda Chifra, Region Afar, Äthiopien)

Projekt für Palästina:

Vertragsnummer: 2022.1817.0 (Stärkung des Zugangs der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung in oPt zu hochwertigen MHPSS-Diensten).

Vertragsnummer: 2024.1854.9 (Kapazitätenausbau für Katastrophenmanagement und Resilienz in den palästinensischen Gebieten).

Projekt für Syrien:

Vertragsnummer: 2023.1853.3 (Stärkung der Resilienz von konfliktbetroffenen Gemeinden und des lokalen öffentlichen Gesundheitssystems im Gouvernement Raqqa, Nordostsyrien).

Projekt für Ukraine:

Vertragsnummer: 2020.1872.9 (Stärkung der Resilienz von Gemeinden und des öffentlichen Gesundheitssystems in der Ukraine).

3. Auswärtiges Amt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 13.200.001 bis 13.210.000 Euro

Projekt für Äthiopien: Vertragsnummer: S09-47-321.50 ETH 01/21 (Beitrag zur Reduktion von Morbiditäts- und Mortalitätsraten).

Projekt für Jemen: Vertragsnummer: S09-20-321.50 YEM 06/21 (Verbesserter Zugang zu Basisgesundheitsdiensten, MHPSS und GBV-Leistungen).

Projekt für Nigeria: Vertragsnummer: F-PF-2-Team2-321.50/TSR/NGA/ÄdW/2024/01 (Integrierte medizinische Notfalldienste für Binnenvertriebene und gefährdete Aufnahmegemeinden).

Projekt für Afghanistan/Pakistan: Vertragsnummer: F-PF-2-321.50-ASI 01/22 (Verbesserung des Zugangs zu Basisgesundheitsversorgung).

Projekt für Syrien: Vertragsnummer: F-PF-2Team2-321.50/SYR/SYR/ÄdW/2023/01 (Bereitstellung Basisgesundheitsversorgung).

Projekt für Ukraine: Vertragsnummer: 321.50/UKR/Reg/ÄdW/2023/01 (Verbesserter Zugang zu umfassenden Basisgesundheitsdienstleistungen).

Projekt für Zentralafrikanische Republik: Vertragsnummer: BF-F-PF-2-321.50 CAF 01/22 (Verbesserter Zugang zu hochwertiger Basisgesundheitsversorgung).

4. Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz (ECHO)

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 570.001 bis 580.000 Euro

Projekt für Ukraine:

Vertragsnummer: ECHO/UKR/BUD/2025/91009

(Verbesserung des Zugangs zu umfassenden Gesundheitsdienstleistungen für konfliktbetroffene, schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen – sowohl für die Aufnahmebevölkerung als auch für Binnenvertriebene – in besonders stark betroffenen Gebieten).

5. Bezirksamt Berlin

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Zuschuss aus dem Landshaushalt Berlin im Rahmen des bezirklichen Integrationsfonds für das Haushaltsjahr 2025 als Fehlbedarfsfinanzierung zur Projektförderung durch das

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin gemäß §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung Berlin (LHO).

6. Europäische Union

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 780.001 bis 790.000 Euro

Projektkennung: 101194850 – reach.out plus

Beschreibung der Leistung: Zuschuss aus dem Programm „Citizens, Equality, Rights and Values (CERV)“ der Europäischen Union im Rahmen des Förderaufrufs

CERV-2024-DAPHNE als Pauschalbeitragsfinanzierung zur Projektförderung gemäß

Verordnung (EU) 2021/692 des Europäischen Parlaments und des Rates in Verbindung mit der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 über die Haushaltsordnung der Union.

7. Bundesministerium für Arbeit und Soziales / Europäische Union

Europäische Union

Berlin / Brüssel

Betrag: 120.001 bis 130.000 Euro

Projektkennung: EHA-2-0126

Beschreibung der Leistung: Zuwendung durch den ESF Plus als Anteilfinanzierung zur Vorhabenförderung auf Grundlage der Richtlinie des ESF Plus-Bundesprogramms „EhAP

Plus - Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen“

sowie VO (EU) 2021/1057, VO (EU) 2021/1060, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) sowie Bundeshaushaltsordnung (BHO) und die dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV-

BHO).

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

4.990.001 bis 5.000.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[4_Jahresabschluss-und-Pruefungsbericht-2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Verhaltenskodex.pdf](#)